



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/177

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, den 2. August 1951
Friedrich Ebert-Allee 170

Zur Neuordnung des deutsch-alliierten Verhältnisses	S. 1
De Gasperis Balance - Akt	S. 3
Bayerische Sorgen	S. 5

Wichtiger als Militärgespräche

(sp) Vermutlich in der kommenden Woche wird ein Zwischenbericht über die deutsch-alliierten Verhandlungen zur Ablösung des Besatzungsstatuts durch mehrseitige Verträge an die Außenminister der Westmächte gehen. Diese sollen dann im September, ohne deutsche Beteiligung, entscheiden, wie weit die Bundesrepublik gleichberechtigt sein soll, ob ihr Souveränität zugestanden wird.

Den Standpunkt der Bundesregierung hat auf dem Petersberg eine Delegation unter Leitung von Prof. Grewe dargelegt. Auf Seiten der Alliierten besteht in zwei Kernproblemen, die von der deutschen Stellungnahme erneut aufgeworfen wurden, volle Übereinstimmung:

1) Die "supreme authority" soll auch nach Umbildung der Hohen Kommission in eine Art Botschafterkonferenz in den Händen der Alliierten bleiben; das heißt, die Generalklausel des Besatzungsstatuts wird auch nach der Ablösung des Besatzungsstatuts weiter wirken und soll die Rechtsgrundlage für die Besatzung sein. Die Alliierten leiten die Legitimation dieser Grundlage aus der bedingungslosen Kapitulation von 1945 her.

2) Nicht alle Beschränkungen, die der deutschen Wirtschaft und Politik auferlegt wurden, sollen aufgehoben werden. In vielen anderen Punkten scheinen die Westmächte zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Diese Konzessionen verlieren jedoch entscheidend an Wert, wenn im Grundsätzlichen das Regime der Besatzung erhalten bleibt.

Im Zusammenhang mit den verfrühten Erörterungen eines deutschen Verteidigungsbeitrags wird diese Tatsache von verschiedenen

Seiten gern bagatellisiert und gesagt, die Bundesregierung könne auf weiterhin fehlende Souveränitätsrechte ja freiwillig verzichten. Was die Gleichberechtigung angehe, so brauche sie ja nur in dem Maße als eingeschränkt betrachtet zu werden, wie es z.B. bei einzelnen Partnern des Atlantik-Paktes der Fall sei. Dazu ist zu sagen, daß die Bundesregierung nicht auf Souveränitätsrechte verzichten kann, die sie nicht hat und die der Bundesrepublik durch den einseitigen Willen der Besatzungsmächte entzogen bleiben. Nur wenn die deutsche Souveränität überhaupt wieder hergestellt wäre, könnte die Bundesrepublik einzelne Rechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. Sie wäre "gleichberechtigt", wenn die Partner zu den gleichen Vorzichten bereit wären und beispielsweise nicht der deutschen Wirtschaft einseitige Beschränkungen auferlegt blieben. Nach zuverlässigen Informationen über den bisherigen Verlauf der Petersberger Besprechungen besteht wenig Anlaß zu der Annahme, daß bei der Fortsetzung der Verhandlungen - nach den vermutlich im September zu erwartenden neuen Direktiven der Außenminister - echte Gleichberechtigung oder sogar die Souveränität der Bundesrepublik hergestellt wird.

Der Inhalt der politischen Neuordnung des deutsch-alliierten Verhältnisses ist also noch ungewiß. Solange das der Fall ist, sollte auch die Bundesregierung sich in der Bekanntgabe ihrer Wünsche auf Übernahme militärischer Verpflichtungen endlich zurückhalten, will sie nicht den Eindruck erwecken, es sei ihr gleichgültig, von welchen p o l i t i s c h e n Voraussetzungen aus die Entscheidung über einen militärischen Beitrag gesucht werden soll. Nach dem Terminkalender der interalliierten Konferenzen muß der Eindruck entstehen, daß die Westmächte über die militärischen Fragen ihres Verhältnisses zur Bundesrepublik zu einer Übereinstimmung kommen wollen, bevor über die politischen und wirtschaftspolitischen Fragen, die in den angekündigten Vorträgen geregelt werden sollen, letzte Klarheit besteht.

Das wäre ein unmögliches Verfahren, gegen das sich die Regierung mit Entschiedenheit zur Wehr setzen müßte. Nach dem, was vorangegangen ist, besteht freilich aller Anlaß zur Skepsis, ob sie es energisch genug tun wird.

Krisenlösung ohne Lösung

Von unserem Korrespondenten Victor Schiff

Rom, Anfang Aug.

Der tiefere Grund für die inzwischen gelöste Regierungskrise waren die schweren inneren Gegensätze innerhalb der führenden Regierungspartei, der Christlich-Demokraten. Diese hat bei den jüngsten Gemeindewahlen in Zweidritteln des Landes, und auch bei den Regionalwahlen in Sizilien, schwere Verluste erlitten, die weit über das erwartete Maß hinausgingen. Gemeindewahlen im restlichen Drittel sollen im Herbst stattfinden, allgemeine Wahlen spätestens im Frühjahr 1953, vielleicht sogar schon früher.

Die vielen Abgeordneten der maßgebenden Regierungspartei, die nun den Verlust ihres Mandates vorausschen, wenn der bisherigen allgemeinen Tendenz nicht bald Einhalt geboten wird, suchen nach Erklärungen für die Rückschläge ihrer Partei und nach Sündenböcken. Sie verlangen eine Kursänderung. Die einen finden, daß die Regierungspolitik bisher zu sehr nach links gerichtet war und dadurch die Wählerschichten des Mittelstandes und der Bauernschaft in die Arme der Rechten oder gar des Neofaschismus treibe; die anderen meinen umgekehrt, daß die Finanz- und Wirtschaftspolitik zu orthodox-konservativ gewesen sei und somit den Kommunisten gestattet habe, sich von ihrer schweren Niederlage bei den Parlamentswahlen vor drei Jahren zu erholen.

Den letzten Anstoß zur Umbildung gab die entschiedene Stellungnahme des linken sozialreformistischen Flügels der christlichen Demokraten, die sich so entschieden gegen die kredit einschränkende Politik seines Schatzministers Pella gewandt hatte, daß dieser seinen Rücktritt erklärte, um eine Klärung in der eigenen Partei zu erzwingen. Pella steht übrigens, ebenso wie der Staatspräsident und der Ministerpräsident auf dem Standpunkt, daß jede Abweichung seiner anti-inflationistischen "Linie" ein Unglück für Italien wäre. Seine Kritiker, nicht nur im eigenen, sondern auch teilweise im sozialdemokratischen Lager, behaupten hingegen, daß diese starre "Pella-Linie" Schuld daran trage, daß die Arbeitslosenziffer von rund zwei Millionen nicht zurückgehe und daß die Kommunisten wieder im langsamen Vormarsch begriffen seien.

De Gasperi hat nun versucht, durch Scheinkonzessionen an seinen linken Parteiflügel die Rebellion im eigenen Lager zu beschwichtigen. Pella verläßt zwar das Schatzamt und sein Nachfolger Vanoni gilt in manchen Kreisen, zu Recht oder Unrecht, als weniger stur in Fragen der Kreditausweitung und der Ankurbelung der Wirtschaft, aber Pella bleibt nicht nur im Kabinett als Budgetminister, sondern erhält anscheinend sogar größere Vollmachten als Lenker der Wirtschaftspolitik. Die linken Parteirebellen werden dagegen mit ein paar Sitzen in der Regierung als Minister oder Unterstaatssekretäre beschwichtigt.

Als anderer Sündenbock war auch der greise Außenminister Graf Sforza auserkoren, dem manche Kritiker innerhalb der Regierungskoalition zu große Nachgiebigkeit gegenüber den amerikanischen Wünschen und zu wenige positive außenpolitische Erfolge für Italien vorwarfen. Auch ihn konnte de Gasperi unmöglich preisgeben, ohne sich selbst zu desavouieren. Es kam ihm indessen während der Regierungsbildung zu-
staten, daß der 77jährige Außenminister wirklich an einer Venenentzündung erkrankte, die sein Verbleiben auf dem Posten, den er seit Anfang 1947 innehatte, tatsächlich unmöglich machte. De Gasperi hat daher das Außenamt einstweilen selbst übernommen, aber Sforza bleibt im Kabinett als Vizepäsident und soll, sobald er wieder aktions- und reisefähig ist, Italien in der Europäischen Union weiter vertreten.

De Gasperi hat sich wieder einmal als Meister des Kompromisses erwiesen, aber seine große Autorität im Lande hat diesmal doch etwas eingebüßt, weil als vorläufiges Ergebnis das Gefühl vorherrscht, daß keines der umstrittenen Probleme wirklich ausgetragen und gelöst wurde und daß in wenigen Monaten doch wieder eine neue Regierungskrise eintreten wird.

+ + +

Umstrittener Wahltermin

M. R. München

Als eine der wesentlichsten Fragen, denen sich der bayrische Landtag bei seinem Wiedertzusammentritt am 7. August gegenübergestellt sieht, ist, ob die Gemeinde- und Kreistagswahlen noch in diesem Jahr durchgeführt werden, oder ob sie auf einen späteren Termin im Jahre 1952 hinausgezögert werden sollen. Der Grund, weshalb diese Frage überhaupt strittig sein kann, ist der, daß die neue bayrische Gemeindeordnung im Landtag noch nicht verabschiedet ist, sondern noch zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben wird. Die SPD in Bayern steht auf dem Standpunkt, daß die Wahlen, gemäß den bestehenden Gesetzen, im November durchgeführt werden müssen, da der Termin für die endgültige Verabschiedung der neuen Gemeindeordnung ohnehin nicht zu übersehen ist. Die CSU will dagegen die Wahlen erst dann abhalten lassen, wenn die Gemeindeordnung unter Dach und Fach ist. Als möglicher Zeitpunkt wurde dabei April 1952, ja sogar Herbst 1952 genannt. Diese ausschließlich parteitaktisch bestimmte Politik der CSU wird von den elf Abgeordneten der FDP unterstützt.

Die letzten Gemeindewahlen in Bayern brachten der CSU, die damals noch ihre dominierende Stellung im Lande innehatte, günstige Mehrheiten. In der Zwischenzeit hat sich das politische Bild erheblich zu Ungunsten dieser Partei verschoben. Die BP, damals noch in ihren organisatorischen Anfängen, hatte in der Zwischenzeit einen beträchtlichen Teil der CSU-Wähler an sich gezogen. Auch der DHE ist erst im Jahr 1950 als politischer Faktor entstanden. Nun hofft man in den führenden Kreisen der CSU, daß sich gewisse Zersetzungserscheinungen in der BP verstärken werden und die CSU dadurch einen Teil der verlorengegangenen Wähler zurückgewinnt. Man hofft vielleicht auch, daß Wahlen im Jahre 1952 nicht - wie das im kommenden Spätherbst bestimmt der Fall wäre - so stark unter dem ungünstigen Eindruck der Adenauer'schen Politik stehen werden. Aus diesen Gründen wünscht man also die Verschiebung der Gemeindewahlen und benutzt das Argument der noch nicht fertiggestellten Gemeindeordnung dazu, um diese Gesichtspunkte zu verdecken.

Im Hinblick auf die Gemeindewahlen sind andererseits auch gewisse anhaltende Bemühungen interessant, die auf eine Zusammenarbeit zwischen CSU und BP hinauslaufen. Wenn man die Fülle der Äußerungen von beiden Seiten und die immer erneut unternommenen Versuche betrachtet, so kann man nur zu der Feststellung kommen, daß sie bisher an keiner Stelle zu nennenswerten Erfolgen geführt haben. Die Kluft hat sich eher vertieft. Die Wiederwahl Dr. Baumgartners zum Landesvorsitzenden der BP dürfte ohnehin das Zustandekommen von Gesprächen erheblich erschweren.

Der Mißerfolg all dieser Gespräche hat allerdings eines ergeben, daß nämlich die jetzt bestehende Koalitionsregierung zwischen CSU, SPD und DHE in Bayern an innerer Festigkeit gewonnen hat und daß jeder Versuch, diese Koalition von außen her zu sprengen, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Verantwortlich: Peter Raunau